

Zeitschrift:	Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber:	Schweizerisches Ost-Institut
Band:	3 (1962)
Heft:	28
Rubrik:	Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine besondere Erwähnung verdient der obligatorische Sportbetrieb. Die Studenten müssen Sport betreiben: a) im Rahmen des Lehrstuhls für Sport, der zu jeder Fakultät gehört, b) im Rahmen der paramilitärischen Organisation (UdSSR: DOSAAF), welche an jeder Fakultät einen Verein hat, und c) zumeist in Aeroklubs verschiedener Art. An den Flugübungen nehmen auch Studentinnen teil.

In der UdSSR werden seit sechs Jahren in zunehmendem Ausmass auch studentische Sportlager organisiert, die im Unterschied zum Landdienst beliebt sind. Die kollektive Freizeitbeschäftigung der Studenten wird grundsätzlich ähnlich organisiert wie auf der Mittelschulstufe. Sofern man diese überhaupt von der Hochschulstufe anders denn graduell unterscheiden kann.

Die Studenten aus den Entwicklungsländern, die in Moskau eine Vorzugsbehandlung geniessen, werden demnächst eine eigene Wohnsiedlung erhalten. Die Partrice-Lumumba-Universität (früher Universität der Völkerfreundschaft) baut im Südwesten der Stadt eine Studentensiedlung für 4200 Personen. Mit dem Bau aus vorfabrizierten Elementen soll noch dieses Jahr begonnen werden.

Die Partrice-Lumumba-Universität (die auffälligerweise in einigen Publikationen wiederum nur als «Universität der Völkerfreundschaft» erscheint, wird diesen Herbst wiederum 700 neue Studenten aufnehmen.

Wirtschaft

Bulgarien

Rentabilität vordringlich

Das Hauptaugenmerk im bulgarischen Industrieprogramm soll wieder vermehrt auf Rentabilität gerichtet werden.

Wie in allen übrigen Ostblockstaaten ist auch in diesem Land ein bedeutender Teil der total verstaatlichten Industrie unrentabel und kann nur mit erheblichen staatlichen Subventionen existieren. Um diesen Zuständen soweit als möglich ein Ende zu bereiten, wurde auf breiter Basis eine entsprechende Kampagne eingeleitet. Die parteiamtliche «*Rabotnitschesko Delo*» (6. Juni 1962, S. 1) fordert in einem Leitartikel, dass alle Wirtschaftsunternehmen des Landes «ohne staatliche Subventionen» gewinnbringend sein müssen. Die Tatsache, dass gegenwärtig zahlreiche Betriebe keine Gewinne abwerfen, bedeutet noch nicht, dass sie überflüssig seien, sondern man müsse mit «politisch-erzieherischer Arbeit» dahin wirken, dass sie wenigstens mit «geringeren Subventionen» auskommen. Das Blatt zitiert in diesem Zusammenhang die Worte des Ersten ZK-Sekretärs Todor Zivkov, der am ZK-Plenum vom November 1961 hierüber wie folgt sprach:

«Die reale Aufgabe für das kommende Jahr besteht darin, dass mit einzelnen Ausnahmen alle defizitären Staatsunternehmen in der Industrie und Landwirtschaft rentabel und gewinnbringend gemacht werden müssen.»

An sich wird auch im kommunistischen Wirtschaftssystem der Gedanke durchaus anerkannt, dass die einzelnen Produktionsunternehmungen selbsttragend sein sollten. Erstes Hindernis dazu sind allerdings erfahrungsgemäss die planwirtschaftlichen Vorschriften, an die sich die Betriebe zu halten haben.

Zur Erhöhung der materiellen Interessiertheit der in Produktionsgenossenschaften gepressten Bauern, hatten bereits mehrere LPGs einen gewissen Teil ihres Ackerbodens ihren Mitgliedern in Teilpacht übergeben, in der Hoffnung, dass auf diese Weise nun auch die Familienmitglieder sich wieder an den Feldarbeiten beteiligen würden. Die Presse bezeichnet diesen Schritt als «fortschrittlich» und «vorbildlich» für die Lösung der materiellen Interessiertheit der LPG-Mitglieder an der Produktion, denn «nicht die Form, sondern der Erfolg sei wichtig». («*Vas Népe* Szombathely, 10. Mai 1962, S. 1.) — Dieses auch in den andern Ostblockstaaten übliche Vorgehen steht im krassen Widerspruch zur kommunistischen Wirtschaftstheorie, die die Teilpacht als einen «Ueberrest des Feudalismus» bezeichnet, der nur in den «kapitalistischen Ländern, Kolonien und Halbkolonien» existiert. In der Sowjetunion wurde die Teilpacht «als Ueberbleibsel der Leibeigenschaft» bereits 1917 abgeschafft. (Siehe G. A. Koslow und S. P. Perschuschin: «*Oekonomisches Wörterbuch*», Moskau 1958. Deutsche Uebersetzung, Berlin 1960, S. 300.) (26/32)

Landwirtschaft

Kinder-Aufgebot

Die bulgarische Parteiführung hat sich veranlasst gesehen, zur Abwendung einer abermaligen Missernte nunmehr auch Jugendliche im kindlichen Alter für die Feldarbeit einzusetzen. Wie es heißt, sollen sie «am Kampf des gesamten Volkes zur Ueberwindung der Auswirkungen der langen Dürreperiode, die die Ernte bedroht, teilnehmen».

Auf einer kürzlichen Kundgebung der «Pioniere», der Jugendorganisation der Partei, in Sofia, wurde namens der 700 000 Mitglieder folgender Beschluss gefasst: «Auch wir, zusammen mit der ganzen Nation, werden am Kampf gegen die Dürre teilnehmen.» Bei den Mitgliedern der «Pioniere» handelt es sich durchweg um Schulkinder im Alter zwischen 7 und 14 Jahren. Einzelheiten der Kundgebung fanden sich in einem Bericht des bulgarischen Zentralorgans «*Rabotnitschesko Delo*».

In einer Parteichef Todor Schiwkoff übergebenen Resolution versprechen die Führer der «Pioniere»: «Spontan folgen wir alle dem Appell, den Kollektivwirtschaften zu helfen. Während des ganzen Sommers werden wir jeden Keim pflegen und begießen.»

In der Resolution wird ferner voller Stolz auf andere Leistungen der Pionierorganisation aufmerksam gemacht. Im einzelnen heisst es dazu:

Wir haben

- mehr als sieben Millionen Kilogramm Kräuter gesammelt, wofür fünf Elektrolokomotiven angeschafft werden konnten;
- der Industrie 10 000 Tonnen Altmetall und 3000 Tonnen Altpapier abgeliefert, wofür 80 Güterwagen beschafft werden konnten;
- freiwillig 7,2 Millionen Arbeitstage geleistet;
- 2,5 Millionen Schösslinge und Bäume gepflanzt;
- 1,8 Millionen Hühner und 1,4 Millionen Kaninchen aufgezogen;
- 230 000 Einzelteile für Apparate in Schullaboratorien angefertigt.

Bevölkerung

CSSR

Geburtenrückgang

In der Tschechoslowakei sind in den letzten Jahren die Geburtenziffern stetig gesunken. Unter den Gründen zählt die Landespresso die Wohnungsnot, eine neue Einstellung zur Familie, die berufliche Tätigkeit beider Elternteile und die zunehmenden Schwangerschaftsunterbrechungen auf. 1957 wurden in der CSSR auf 1000 Einwohner noch 18,9 Geburten registriert, in den beiden folgenden Jahren sank diese Zahl auf 17,4 und 16,0, nahm 1960 mit 15,9 weiterhin etwas ab und betrug im Vorjahr noch 15,8. Da die Sterbeziffer bei 9,2 auf 1000 steht, liegt der Geburtenüberschuss allerdings immer noch auf 6,7 Promille.

Ein Teil des Geburtenrückganges wird damit erklärt, dass in den vergangenen Jahren die Anzahl der Frauen zwischen 18 und 25 Jahren abgenommen hat, die Folge eines entsprechenden Bevölkerungsrückganges in den Jahren 1935 bis 1939.

Ferner schreibt die Prager Zeitung «*Lidová Demokracie*»:

«Ein Teil des Geburtenrückganges ist der Wohnungsnutz zuzuschreiben. Kompliziert ist die Beziehung zwischen dem Geburtenrückgang und der künstlichen Schwangerschaftsunterbrechung, die auf Grund des Gesetzes Nr. 68 aus dem Jahr 1957 ermöglicht wird. Das Gesetz selbst stellt einen grossen Fortschritt bei der Lösung der Frage illegaler Abtreibungen dar, denn es schützt die Frauen vor unfachgemässen Eingriffen. Auf der anderen Seite haben die Erfahrungen jedoch gezeigt, dass das Gesetz für manche Frauen zu einem leichten Ausweg im Falle einer ungewollten Schwangerschaft geworden ist. Im Jahr 1960 kam es z. B. in 88 000 Fällen zu einer künstlichen Schwangerschaftsunterbrechung, im Vorjahr stieg diese Zahl um 6000 weitere an. In den letzten Monaten nahm die Zahl der Abtreibungen jedoch ein wenig ab.

Unsere Kommission für Bevölkerungsentwicklung steht vor der ernsten Aufgabe, vor allem Massnahmen auszuarbeiten und zu empfehlen, die die Bedingungen dafür schaffen würden, dass auch Familien, in denen beide Elternteile beschäftigt sind, mehrere Kinder haben können.»

Jugend

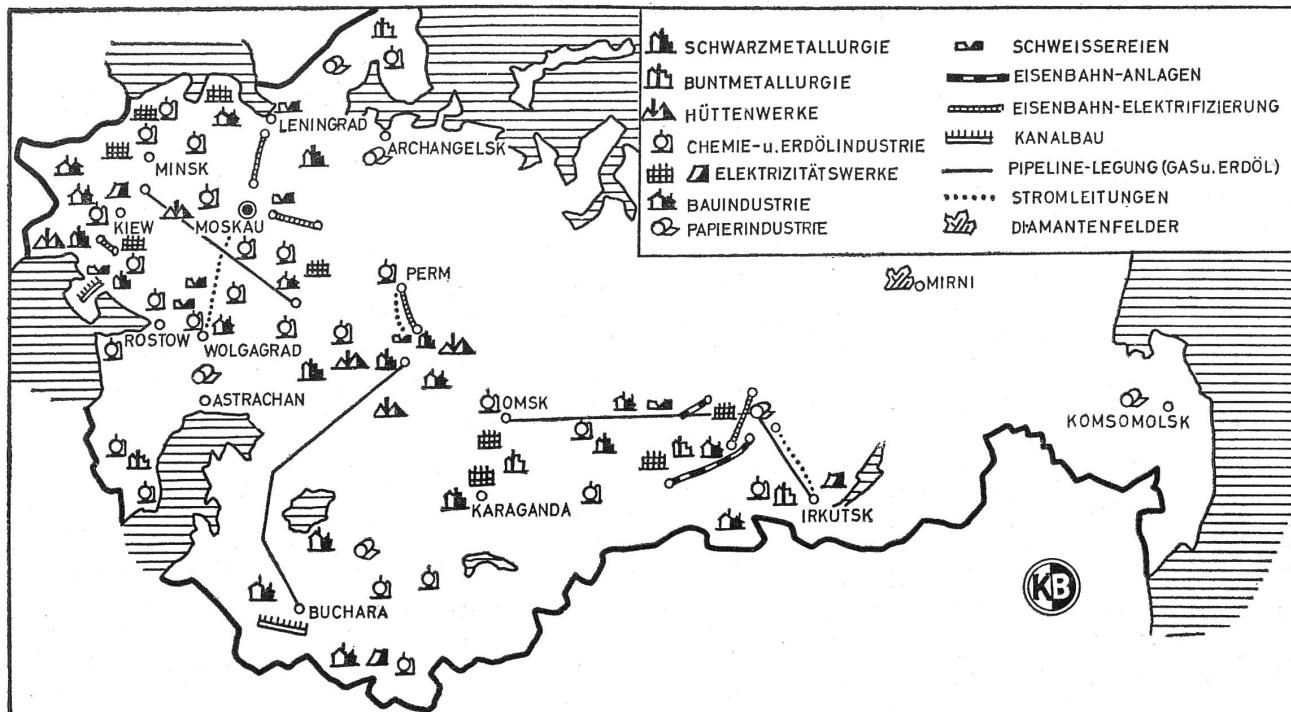
Sowjetunion

Komsomol im Einsatz

«Alle Kräfte der Jugend müssen am Aufbau der materiell-technischen Basis des Kommunismus mitwirken und zur maximalen Nutzung der Industrie- und Landwirtschaftsreserven beitragen.»

Das hatte diesen Frühling General Pawlow, Sekretär des Komsomol-Zentralkomitees, anlässlich der 13. Tagung des kommunistischen Jugendverbandes in Moskau erklärt.

Der Satz ist in der Sowjetunion keine Phrase, sondern ein Motto, dem mit allen Mitteln von Propaganda bis zum Zwang Nachachtung verschafft wird. Der Komsomol spielt in der sowjetischen Planwirtschaft eine wesentliche Rolle, sehr oft die Rolle einer Vorhut. Die jungen Kräfte werden dort eingesetzt, wo es nach dem Willen der Partei gilt, neues Land zu er-



Wo die Komsomolzen tätig sind. Die Mitglieder der kommunistischen Jugendorganisation sind auf vielfache Weise in den Produktionsprozess eingespannt, wobei sie nicht zuletzt zur wirtschaftlichen Erschließung der fernöstlichen Unionsgebiete eingesetzt werden. Unsere Karte (nach der «Prawda» vom 24. Juni) zeigt ihre Verteilung auf die wichtigsten Industriezweige. Hinzu käme noch die Landwirtschaft.

schliessen. Dort auch, wo volkswirtschaftliche Experimente, oft auf dem Rücken der Bevölkerung, durchgeführt werden. Und dort nahezu immer, wo planwirtschaftlich verschuldete Engpässe in unbeliebter Arbeit zu überwinden sind.

Die Riesenorganisation, die Jugendliche zwischen 14 und 25 Jahren umfasst, zählt heute 20 Millionen Mitglieder. 11 Millionen sind an der «Bewegung für kommunistische Arbeit» beteiligt, dem ausbeuterischen Arbeitswettbewerb, der in allen kommunistischen Staaten besteht und vor allem durch die Jugendorganisationen angekurbelt wird. Unter anderem dient sie der systematischen Besiedlungspolitik, wie sie von Chruschtschew auf mehr oder weniger freiwilliger Basis betrieben wird. Seit dem 22. Kongress der KPdSU im letzten Herbst sind über 40 000 Komsomolzen aus Moskau, Kiew, Leningrad und andern Städten nach den fernöstlichen Unionsteilen ausgewandert (die Erfahrung zeigt allerdings, dass ein wahrscheinlich grosser Prozentsatz später die erste Gelegenheit ergreift, wieder in zivilisiertere Gegenden abzusetzen). Führend sind die Komsomol-Vereinigungen auch bei der Bildung von Brigaden für den «freiwilligen Aufbau», von Schülerbrigaden (KB Nr. 21) und dergleichen.

Die sowjetische Gesetzgebung sieht für Jugendliche im Arbeitsprozess zahlreiche Erleichterungen vor: einen Vier- bis Sechsstundentag, verlängerte Ferien, Dispens von Schwerarbeit und Nachschicht usw. Pawlow selbst gab zu, dass diese Vorschriften bei weitem nicht überall eingehalten werden. Dabei beziehen sie sich nur auf reguläre, das heißt bezahlte Arbeit. Den zusätzlichen Leistungen, die man von den Komsomolzen als freiwilligen und unentgeltlichen Beitrag erwartet, sind keine Grenzen gesetzt. Die Aufrufe an die

jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, mit Sonderleistungen aufzuwarten, sind Legion. Sie appellieren beispielsweise an den Willen der Komsomol-Angehörigen, sich zum vornherein zur Ueberfüllung eines Plansolls zu verpflichten (womit natürlich auch ein indirekter Druck auf die ältere Belegschaft ausgeübt wird). Oder sie raten zu Ferienbeschäftigung im Dienste der Volkswirtschaft.

Als Gegenleistung offeriert der Komsomol seinen Mitgliedern die besseren Ausbildungsmöglichkeiten. Das heisst wiederum, dass die beruflichen Aufstiegschancen von Nichtmitgliedern stark eingeschränkt sind. In diesem Sinne ist der Jugendverband fast noch wichtiger als die ihn lenkende Partei, der nur vier Prozent der Bevölkerung angehören.

Wie selbständig die Volksdemokratien sind, zeigt nachfolgender Satellitenspruch: — «Wir alle wissen, dass wir unsere Uhren nicht nach einer gewöhnlichen Zeit stellen, sondern nach der Moskauer Uhr, die Uhr jener Partei, die die allgemein anerkannte Vorhut der internationalen kommunistischen Bewegung bildet.» Dies sagte der bulgarische Parteisekretär Schiwkoff vor dem letzten Lehrerkongress. Dabei hatte er kurz zuvor in der gleichen Rede über den Besuch Chruschtschews in Sofia erklärt: «Die Herren Reaktionäre und ihre Schreiberlinge... können nicht begreifen, wie es möglich ist, dass diese Delegation mit uns zusammensitzt — den Vertretern eines kleinen Landes — und auf der Grundlage der Gleichberechtigung diskutiert wird, wie zwei Brüder, und zwar sowohl über die Probleme unserer weiteren Entwicklung auf dem Weg zum Sozialismus und Kommunismus, als auch über die der internationalen Beziehungen.» Ja, die Gleichberechtigung nach der Moskauer Uhr!

Verkehr

UdSSR

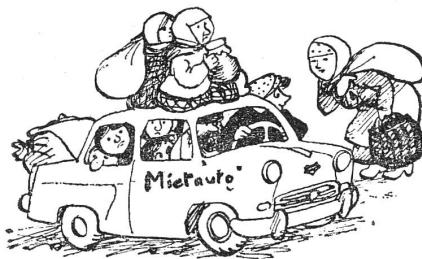
Taxis und Taxen

In den kommunistischen Staaten, wo Privatautos das Privileg einiger weniger Angehörigen der neuen Klasse sind, wird der Personenverkehr auf der Strasse durch die öffentlichen Verkehrsmittel, durch Leihwagen und durch Taxis besorgt.

Die Busse (siehe KB Nr. 27) als Massentransportmittel weisen nebst einigen planwirtschaftlichen Sonderdefekten vor allem Unzulänglichkeiten auf, die auch bei uns nicht unbekannt sind (und dazu den angehobenen Löhnen relativ einen Vorteil geringer Kosten für den Benutzer).

Eine besondere Rolle spielen Mietautos und Taxis, da sie im kommunistischen System den Normalfall des Personenautos darstellen, erschwinglich auch für gewöhnliche Sterbliche. Ueberdies entspricht der Privatwagen auch nicht der kommunistischen Zielsetzung. «Es gibt welche, die Autos zu privatem Gebrauch kaufen», schrieb diesen Sommer die «Iswestija», aber das ist nicht beste Benutzungsart. Wir können bei unserer sozialistischen Wirtschaftsmethode nicht auf private Bestrebungen abstehen.» Der kommunistische Normalfall des Personenautos ist allerdings noch lange nicht der Normalfall für den Strassenbenutzer. Moskau mit seinen über fünf Millionen Einwohnern zählt 900 Mietautos und 5600 Taxis, so dass die Bevölkerung auch bei der «sozialistischen» Aufteilung der Vehikel absolut nicht motorisiert ist. Auf tausend Einwohner kommt nicht viel mehr als ein Auto.

Sowohl Taxis als auch Mietautos unterstehen in Moskau der städtischen Taxi-Hauptverwaltung, so dass letztere begreiflicherweise als Stieffkind behandelt werden.



«Auf dem Dach hat's noch Platz»

Die Administration hat wenig Interesse daran, sich selbst ein Konkurrenzunternehmen grosszuzüchten, und dazu fehlt die planwirtschaftlich definierte Verantwortlichkeit. Und das ist das Bild, das sich aus den Beschreibungen der sowjetischen Presse selbst ergibt:

Der Autovermietung werden prinzipiell ausrangierte Vehikel zur Verfügung gestellt, die im Taxiverkehr nicht mehr zu gebrauchen sind. Garagen gibt es für diese Kategorie nicht. «Die Resultate einer solchen Behandlung merkt der Mieter nach wenigen Kilometern: der Wagen streikt bestimmt.» («Iswestija»).

Dabei fehlt (bis jetzt — eine diesbezügliche Änderung ist in Aussicht genommen) eine staatliche Versicherung. Der Mieter muss für einen allfälligen Schaden vollumfänglich aufkommen, selbst wenn er eindeutig auf den reparaturbedürftigen Zustand des Gefährts zurückzuführen ist.

Wie kommt man übrigens unter Berücksichtigung der vorhandenen Leihwagen und der Bevölkerungszahl dazu, ein Auto zu mieten? Man muss zunächst als Abonnent des Leihdienstes eingeschrieben sein. Dann trägt man sich in die Warteliste ein. In Moskau gibt es für die 900 Mietautos 20 000 Abonnenten. Eine Erhebung in der sowjetischen Hauptstadt ergab, dass 36 Prozent aller eingeschriebenen Mieter Berufschafffeure sind, die in ihrer Freizeit noch etwas dazu verdienen wollen. So wer-

den mit Personenautos Lastentransporte durchgeführt, was kaum zur Verbesserung ihres Zustandes beitragen dürfte.

Gesuchte, aber praktisch ganz fehlende Mietobjekte sind Motorräder und Mopeds, Kleinbusse und Wohnwagen (von denen es zwar in Moskau jetzt einige Exemplare gibt, die zu exklusiven Preisen vermietet werden). Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage ist jedenfalls nicht weit von dem entfernt, was unsere sowjetische Karikatur zeigt.

Alles in allem wirkt der Leihdienst dürf-
tig genug, in Anbetracht der Erklärung («Nedelja»), dass er «die zweckmässigste Art darstellt, die Bevölkerung in den Ge-
nuss dieses Transportmittels gelangen zu lassen».

Beim Taxidienst ist das Wagenmaterial aus den angeführten Gründen wesentlich bes-
ser. Aber sonst gibt es etliche Missstände um die Taxistände. Preistreibereien, wie sie in einem kapitalistischen Staat nicht vorkommen, ferner völlige Vernachlässigung der Außenquartiere (worauf unsere Zeichnung Bezug nimmt).

In der «Gasjeta Rossija» beklagte sich ein Leser, manche Chauffeure hielten sich nur an Kunden, die das Dreifache bezahlten. Die Redaktion bestätigte in ihrer Antwort die Beobachtung:

«Am Bahnhof steht eine Menschenmenge und wartet auf Taxis. Deren 22 fahren vor-
über. Warum? Wir fragen den Chauffeur eines unbesetzten Taxis, ob er uns in eine bestimmte Vorstadt fahren könnte. Er erkundigt sich, wieviel wir zahlen wollen. Wir antworten: „Soviel der Zähler anigt.“ Und seine Antwort: „Dann fahre ich nicht.“ Der Kontrolleur am Stand findet daran nichts auszusetzen. Der Abteilungsleiter, wenn man ihm das Gespräch hinterbrächte, wohl auch nichts. Ein Chauffeur verlangte von einem Kunden, den er zur nächsten Strassenecke geführt hatte, drei Rubel (Kaufwert sechs Franken, das festgesetzte Lohnminimum beträgt 45 Rubel). Es ist bekannt, dass die Chauffeure durchwegs «vorteilhafte» Kunden suchen. Andere werden abgewiesen.»

Zuwenig Taxis taxieren zuviel.

Diplomatie

CSSR/Jugoslawien

Affront gegenüber Tito?

Der tschechoslowakische Staatspräsident Antonin Novotny hat einen hohen Prager Funktionär zum neuen Botschafter seines Landes in Belgrad ernannt, der als ein ausgesprochener Gegner des Revisionismus gilt, der sogenannten Rechtsabweichung im Kommunismus, deren insbesondere das Tito-Regime beschuldigt wird.

Dabei erfolgt die Ernennung zu einem Zeitpunkt, da die Sowjetunion im Verein mit den Führern der Mehrzahl der osteuropäischen Satellitenstaaten nachhaltig bemüht ist, die Beziehungen zu Jugoslawien zu verbessern.

Bei dem neuen Vertreter Prags in Belgrad handelt es sich um Antonin Krouzil, der seit Anfang der fünfziger Jahre relativ hohe Parteiämter bekleidete und seit 1960 Sekretär des Parteikomitees von Prag-Stadt war.

Die Auswahl gerade dieses Funktionärs ist durchaus ungewöhnlich. Während einer Periode der sowjetisch-jugoslawischen Annäherung wäre die Entsendung eines Be-

rufsdiplomaten oder eines weniger profilierten Funktionärs ganz entschieden angebrachter gewesen.

Krouzil ist indessen nicht nur ein versierter Partefunktionär, sondern gilt zudem als ein erklärter Feind der jugoslawischen Politik.

Im November 1958 hielt er zum Beispiel das Hauptreferat bei einem regionalen Seminar, das «dem Kampf gegen den Revisionismus unserer Zeit» gewidmet war, worunter selbstverständlich die Tito-Version verstanden wurde. Krouzil bezeichnete den Revisionismus dabei als «einen heimtückischen und gefährlichen Feind unserer Sache» und appellierte an seine Zuhörer, die Gefährlichkeit revisionistischer Tendenzen nicht zu unterschätzen.

Ganz besonders scharf wandte er sich gegen das Programm der jugoslawischen Partei, das er «eine konzentrierte Synthese aller frevelhaften revisionistischen Vegetation» nannte. Schliesslich stellte er den Revisionismus als «die grösste und verräterischste Gefahr in der Arbeiterbewegung» dar.

Wirtschaft

Ost/West Dumping

Die am skandinavischen Markt angebotene sowjetische und polnische Kohle hat den westdeutschen und britischen Kohlenexporten in diese Länder schwere Schäden zugefügt.

Die Sowjets bieten nämlich ihre Kohle pro Tonne um 15 DM und die Polen um 25 DM (zuzüglich Fracht) unter den westdeutschen Listenpreisen an. Es besteht kein Zweifel, dass es sich um ausgesprochene Dumpingpreise handelt, mit denen der Ostblock sein offen angekündigtes Ziel, der kapitalistischen Welt auf dem Gebiet der Wirtschaft «die Hauptniederrage zuzufügen» (Walter Ulbricht am Nationalkongress der SED, 19. 6. 1962) verwirklichen will. Damit ist es den Polen und der UdSSR gelungen, bereits mehr als die Hälfte der skandinavischen Kohlenimporte an sich zu reissen.

In der Propaganda des Ostblocks wird immer behauptet, der Ost-West-Handel diene auch den Interessen der westlichen Arbeiterschaft, da er mit seinen Aufträgen neue Arbeitsmöglichkeiten schaffe (siehe dazu: «Wirtschafts-Wissenschaft» Ostberlin, Nr. 4, 1962, Seite 524/41). In Wirklichkeit wird aber mit den laufenden Dumpingangeboten das Gegenteil getan, weil die kommunistische Taktik vor allem auf die Ruinierung der kapitalistischen Wirtschaft ausgerichtet ist, womit sie jene soziale Lage hervorrufen will, die für den «Endsieg des Kommunismus» die günstigsten Voraussetzungen bietet.

Propaganda

SBZ

Der SS-General

Der in der vorigen Woche in Lindau am Bodensee unter dem Verdacht, an Massenerschiesungen im Konzentrationslager Stutthof bei Danzig beteiligt gewesen zu sein, verhaftete ehemalige SS-Gruppenführer George Ebrecht ist von der Zonenpropaganda wiederholt wegen seiner Bekennnisse zur «Friedenspolitik der DDR»



«Die Frage der Kleintaxis» («Krokodil»)

gerühmt worden. Im Frühjahr 1961 wurde er von der Zonenpresse als einer der hervorragendsten westdeutschen Teilnehmer an dem in Weimar abgehaltenen «Nationalen Kongress für Verständigung und Abrüstung» vorgestellt, wobei «Neues Deutschland» Ebrechts Diskussionsbeitrag sogar mit seinem Photo versah.

Die Zeitungen bezeichneten allerdings Ebrecht schlicht als Generalleutnant a. D.; dass Ebrecht Generalleutnant der Polizei und Gruppenführer der SS war, wurde dagegen nirgends erwähnt. Ebenso fehlten Hinweise auf Ebrechts Tätigkeit als Stabsführer des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS.

1937 hatte Ebrecht auf einer SS-Führertagung in Hersbruck folgendes Bekenntnis zu seinem «Führer» abgelegt: «Wenn wir schon das von Gott begnadete Geschlecht sind, das an der Seite Adolf Hitlers kämpfen darf, dann müssen wir auch die Verpflichtung in uns tragen, dafür zu sorgen, dass das, was der Führer heute in Deutschland beginnt, nicht nur für ein kurzes Menschenleben, sondern für ein neues Jahrtausend geschaffen wird.»

BRIEFE

«Geburtenregelung und Politik»

Was Dr. med. Klaus Schneemann in seinem Artikel schreibt, mag für Europa, die USA und Kanada durchaus zutreffen, aber nicht für Indien und andere Entwicklungsländer; diese sollten zum mindesten im gegenwärtigen Zeitpunkt die Geburtenregelung einführen, selbst wenn China das nicht tut. Denn für eine Regierung, die eine aggressive Politik betreibt, kann eine zu grossen Bevölkerung wohl von Vorteil sein, in den neutralistischen und prowestlichen Entwicklungsländern geht aber das Bestreben eher dahin, Ordnung, bessere

soziale Verhältnisse, wenn nicht gar Freiheit und Frieden herzustellen, und diese Ziele lassen sich nur dann erreichen, wenn die Bevölkerung nicht schneller zunimmt als die Möglichkeit, sie zu ernähren und in die Wirtschaft einzugliedern. Menschen, die im Elend leben und nichts zu beissen haben, lassen sich leicht für einen Angriffskrieg begeistern, während es sehr schwer ist, sie zu konstruktiver Arbeit oder zur Verteidigung ihres Landes zu gebrauchen. Damit sich die Verhältnisse in den jungen Staaten Asiens und Afrikas, sowie in Lateinamerika stabilisieren, muss das Problem des Gleichgewichtes von Bevölkerungszahl und Wirtschaftspotential von beiden Seiten her angepackt werden. Die Lösung darf niemals heissen: Geburtenregelung statt intensive Entwicklungarbeit, sondern: intensive Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, unterstützt durch Mässigung der Bevölkerungsmehrung.

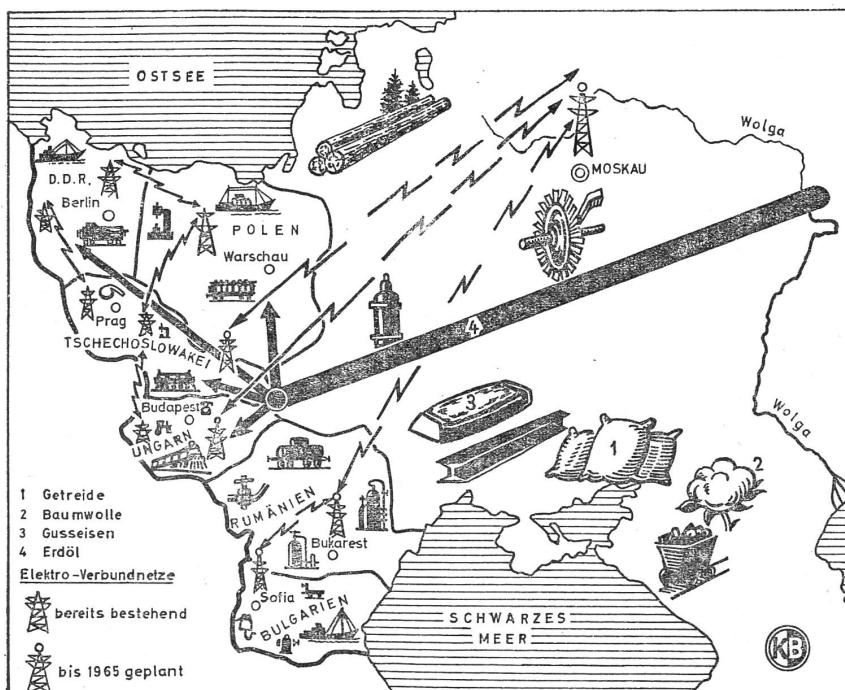
T. W. in Basel

Dialektischer Materialismus

Ihr Artikel über den historischen und dialektischen Materialismus, Seite 2 der Nummer des 27. 6. 1962, hat mich sehr interessiert; vor allem das über den Diamat ist sehr gut. — Schade aber ist, dass gerade ein wichtiges Wort darin zweimal durch Druckfehler entstellt stehen blieb; denn statt Dreischritt steht einmal Dreischnitt (siehe 2. Spalte 10. Zeile von oben) und einmal Dreischrift (3. Spalte 20. Zeile von unten).

Wer es selber versteht, kommt trotzdem draus. Aber Aufklärungen sind doch in erster Linie für solche geschrieben, die es noch nicht verstehen, und denen man es darum richtig sagen sollte! — Leider kommt das Wort zufällig kein drittes Mal richtig geschrieben vor, sonst wären die zwei Fehler um das eher erkennbar.

G. H. in Reinach AG



Spezialisierung und Austausch der Güterproduktion im Comecon-Block (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe). Gezeichnet nach der «Iswestija»-Beilage «Nedelja», 10. bis 16. Juni 1962.

Curriculum der Woche

NIKOLAI FEDEROWITSCH KRASNOW

Im Juni zum Vizeministerpräsidenten der RSFSR und zum Vorsitzenden des RSFSR-Regierungskomitees zur Koordination der wissenschaftlichen Forschungsarbeit ernannt.

Geboren 1922 in Schachty (im Donbass). 1939 Student an der Moskauer Technischen Hochschule «N. E. Baumann», wo er später seine wissenschaftliche Karriere weiterführt. Während des Krieges unter anderem auch als Industrie-Anstellter tätig. Nach Studienabschluss in den Lehrkörper aufgenommen. Wird noch während der Aspirantur zum Leiter der Laboratorien ernannt. Gleichzeitig beim Komsomol und der Partei aktiv.

Seit 1951 Kandidat und seit 1960 Doktor der technischen Wissenschaften. Noch heute wissenschaftlich und pädagogisch an der Technischen Hochschule Baumann tätig. Mehrere Publikationen.

1959 ein stellvertretender und 1960 Erster stellvertretender Minister für Hochschul- und Fachmittelschulwesen der RSFSR. Seinen neuesten Posten übernimmt er als Nachfolger von P. I. Abroskin, der seiner Pflichten «im Zusammenhang mit der Übernahme einer anderen Arbeit» entbunden wurde. (Abroskin amtierte Ende Juni als Chefdelegierter der UdSSR bei den Verhandlungen zum neuen Fischereiabkommen mit Japan.)

Film

Ungarn Für wen?

Im Arbeitsstaat Ungarn sollte ungefähr jeder zweite Film auf den Geschmack der Werktätigen Rücksicht nehmen. Dies ist eine sehr entgegenkommende Forderung, die in der Budapest-Zeitung «Magyar Nemzet» (15. Juni) formuliert wurde.

Dies ist noch als Konzession gedacht, weil sonst der Kontakt mit dem Publikum überhaupt verloren gehe. «Die ungarischen Filme der letzten Jahre finden immer seltener, immer schwerer den Weg zum Publikum», bemerkt der Verfasser des Artikels, A. Lukas.

«Unserer Filmproduktion ist leider das Wort 'Volk' entglitten. Wir nahmen keine Rücksicht auf jene, in deren Interesse die ungarische Filmproduktion besteht.

Es ist eine der dringlichsten Aufgaben der Filmproduktion, diesen Widerspruch zu be-seitigen. Sie darf jedoch nicht dem Geschmack des anspruchslosen Publikums entgegenkommen. Die Statistik beweist nämlich, dass sich der Publikumsgeschmack der bourgeois Auffassung nähert. Wir dürfen jedoch keine Konzession in dieser Richtung machen. Dagegen muss die Wirkung unserer Filme auf die Gefühle und das Potential der Handlungen erhöht werden. Im Gegensatz zu den bisherigen Ge-pflogenheiten müssen der Mensch und die menschliche Gefühlswelt in den Vordergrund gestellt werden... Die Filmproduktion muss anstreben, dass von den 14 bis 16 Filmen, die sie jährlich erzeugt, wenigstens 7 bis 8 den ungarischen Werktätigen gefallen, die den Sozialismus aufbauen...»

Unser Memorandum

(RGW = Comecon) könnte sich für die kommunistischen Machthaber noch als Hindernis bei ihrer Politik mit den Entwicklungsländern herausstellen. Die jetzige vehemente Kampagne der UdSSR und ihrer Satelliten gegen die zunehmende Festigung der EWG fand nicht umsonst einen besonderen Kristallisierungspunkt beim Besuch eines afrikanischen Staatsmannes in Moskau (siehe S. 1). Während die EWG gerade in Afrika Assoziationsbestrebungen auslöst, zeigt sich die schwierige Lage des Comecons in bezug auf unentschiedene Staaten. Der RGW stellt ja die planwirtschaftliche Koordination einer Reihe von planwirtschaftlich gelenkten Staaten unter einem zentralen Willen dar. Die Organisation ist auf die Unterordnung von Staaten mit kommunistischer Wirtschaftsstruktur abgestimmt und würde bei einer allfälligen Ausweitung ausserhalb des «sozialistischen Lagers» nicht nur ihren Charakter, sondern auch ihre Lenkbarkeit verlieren. Die letzte Comecon-Tagung dieses Frühjahrs in Moskau, wo als erstes Postulat die Übereinstimmung der verschiedenen Volkswirtschaftspläne der einzelnen Staaten verlangt wurde, hat die Gebundenheit und die anlagemässige Isolierung des RGW bestätigt. Selbstverständlich sucht der Ostblock sie durch expansive Wirtschaftspolitik zu überspielen, wie er auch in den letzten Jahren seinen Westhandel steigern konnte. Auf ähnliche Weise kann er und wird er seine Anstrengungen in Afrika verstärken. Im Sinne einer Exportoffensive. Aber er kann nicht seine interne Organisation, den Comecon, als Basis zu gleichberechtigter, sich gegenseitig beeinflussender Zusammenarbeit anbieten. Die «monolithische Einheit», deren sich das kommunistische Lager selbst rühmt, zeigt hier ihre Kanten.

Eine weitere Schwierigkeit für Chruschtschew stellt China dar. Dieses ist im Comecon nur als Beobachter zugelassen, gleich wie auch die andern asiatischen Staaten unter kommunistischer Herrschaft. Die machtpolitische Auseinandersetzung zwis-

schen Moskau und Peking verhindert heute mehr als zuvor die Aenderung dieses Status. Aber wie wäre eine Assozierung «nichtsozialistischer» Staaten an den Comecon denkbar, solange die kommunistischen Staaten nicht alle dazugehören? Hier läge also der Westen gut im Rennen. Die realpolitischen Argumente wirtschaftlicher Natur sind eindeutig auf seiner Seite. Comecon kann mit EWG in Afrika nicht konkurrieren.

Und es handelt sich tatsächlich auch nicht um ein Konkurrenzieren von seiten des kommunistischen Machtblockes, sondern um ein Diskriminieren. Das Schreckgespenst des alten Kolonialismus wird wieder an die Wand gemalt, verbunden mit der recht unverblümten Drohung von Aufstand und Revolution gegen alle Kräfte «im Dienste des reaktionären Imperialismus». Wirtschaftlich kann der Ostblock grössere oder kleinere Exportposten einsetzen. Sie wären kein Gegengewicht zur afrikanischen Alternative, der Zusammenarbeit mit dem Westen. Aber in Verbindung mit seiner übrigen Machtpolitik hat die kommunistische Lenkung noch grosse potentielle Energien. Aufgepeitschte Resentiments, unbegründete Versprechen und um so handfestere Drohungen. Bluff spielt bei dieser Mischung eine grosse Rolle. Und Bluff ist solange eine reale Macht, als er nicht erfolgreich demaskiert wird.

Der Schnapschuss

Allen Studenten und Neuimmatrikulierten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ist jetzt mitgeteilt worden, dass mit den Vorlesungen erst am 8. Oktober begonnen wird. Das Studienjahr, das bereits am 15. September beginnt, bringt für alle Studenten vom 17. September an zunächst einen «Einsatz in der sozialistischen Landwirtschaft», der bis zum 6. Oktober dauert.

Die Warschauer Personenlifts sind durchschnittlich vier bis fünf Tage von hundert ausser Betrieb. Zahlreiche Fahrstühle funktionieren wochenlang nicht.

(«Zycie Warszawy»)

Planwirtschaft und Bürokratie contra «materielle Interessiertheit»: die polnische Presse («Express Wieczorny») berichtet, dass es der Stettiner Werft (Szczecin) gelungen sei, das Eigengewicht eines 10 000-Tonnen-Frachters um 400 Tonnen herabzusetzen, da aber der Jahresplan in Tonnen angegeben war, wurde der Plan der Werft als unerfüllt erklärt, womit auch die Prämien und andere Begünstigungen für die Belegschaft hinfällig geworden sind. Ähnliche Schildbürgerstreiche hatten sich übrigens auch in anderen Industriesparten abgespielt.

*

«Die eleganten Wirkwaren in den Schaufenstern von privaten Geschäften in der Váci-utca oder am Leninkörut sind gesalzen teuer», bemerkt die Budapest-Zeitung «Nepszava». Das staatliche Handelsinspektorat hat in einer Ueberprüfung festgestellt, dass übersetzte Macherlöhne gefordert werden. Ein Pullover kostet hier 270 Forint, in den staatlichen Geschäften aber bloß 100 bis 200 Forint. Was beweist, dass die staatlichen Geschäfte meistens

leer sind, weil sich sonst der Pullover nicht soviel teurer verkaufen liesse. Das Handelsinspektorat kam zum Schluss, dass «die Tätigkeit des privaten Kleingewerbes auch auf diesem Gebiete nützlich und notwendig ist, jedoch endlich Ordnung im Durcheinander gemacht werden muss». Dabei ist Ungarn seit 1948 den Segnungen der Planwirtschaft ausgesetzt.

*

Aus einer Erhebung des Zentralen Statistischen Amtes in Ungarn:

«Rund 90 Prozent der Frauen haben keine Fachbildung. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern stösst auf Schwierigkeiten. An führenden Posten sind die Frauen nur mit 20 Prozent vertreten, der Lohn der Frauen und der Mädchen beträgt lediglich 67 Prozent vom Lohn der Männer. Der Grund für diese grossen Unterschiede liegt vor allem in der ungenügenden Bildung der Frauen.

Ein Drittel der Männer hilft ihren Frauen viel im Haushalt. Durch bessere Organisation der Einkaufsmöglichkeiten und durch die Besserung des Verkehrs könnte man den werktätigen Frauen noch mehr helfen.»

In Ungarn gibt es gegenwärtig eineinhalb Millionen erwerbstätige Frauen, was die Hälfte der arbeitsfähigen Frauen und ein Drittel der berufstätigen Bevölkerung darstellt.

*

Ab 1. Januar des kommenden Jahres werden die kommunistischen Staaten Einheitstarife auf den internationalen Eisenbahnlinien einführen. Der Beschluss wurde Ende Juni auf einer Konferenz in Ulan Bator gefasst.

*

Starke Ermässigungen hat die sowjetische zivile Luftfahrtgesellschaft Aeroflot ab 20. Juni auf ihren Binnenstrecken eingeführt. Einzelne Tarife wurden um nahezu ein Drittel herabgesetzt. Die Preise sind auch absolut betrachtet nicht hoch. Der Flug von Leningrad über Moskau nach Duschambe (Tadschikistan) kommt beispielsweise auf 65 Rubel zu stehen. Allerdings wird der Durchschnittsbürger von den erhöhten Fleischpreisen stärker betroffen als von den ermässigten Flugtarifen.

Mitteilung der Administration

Wir ersuchen um Beachtung folgender Punkte aus den Abonnementsbestimmungen:

1

Der Eintritt als Abonnent kann jederzeit erfolgen.

2

Im Verfallmonat erhält der Abonnent eine Einladung zur Erneuerung.

3

Wird das Abonnement nicht erneuert, so ist dies der Administration vor dem Verfalltermin schriftlich mitzuteilen.

4

Refusierte Nachnahmen und Zeitungen gelten nicht als Abonnements-Abbestellung.

Eine Situation

wie sie sich in der Alltagspraxis einer Volksdemokratie wohl recht ähnlich ergeben könnten, hat der ungarische Karikaturist hier mit einer unbestreitbar witzigen Darstellung festgehalten.



Und jetzt, Kinder, betet, dass Vater die Prüfung in Marxismus-Leninismus besteht.